

Beschluss des SPD-Unterbezirksvorstands Hildesheim vom 20. August 2018

Humanität bewahren – Integration gestalten – gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Seit dem Jahr 2015 sind die Zuzugszahlen geflüchteter Menschen nach Deutschland, Niedersachsen und auch den Landkreis Hildesheim drastisch zurückgegangen.

Wir wissen, dass nicht die Fluchtursachen beendet sind, sondern die Fluchtrouten geschlossen sind – verbunden mit Leid und Elend an den Grenzen Südeuropas und dem Versuch, unter Lebensgefahr über das Mittelmeer nach Europa zu flüchten. 38 Jahre nach seiner Vorlage ist der Bericht der Nord-Süd-Kommission „Das Überleben sichern“ unter dem Vorsitz von Willy Brandt aktuell wie nie: Es geht um die Bekämpfung von Fluchtursachen, es geht um das Herausstellen gemeinsamer Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer und es geht vor allem darum, den Entwicklungsländern und den Menschen dort endlich eine Perspektive zu eröffnen.

Wir sind realistisch: Migration und Integration ist mit Herausforderungen, Problemen und auch Konflikten verbunden. Dabei ist und bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar: Humanität ist ein hohes Gut! Niemand begibt sich freiwillig auf die Flucht. Niemand riskiert freiwillig sein Leben auf dem Mittelmeer! Und es ist unsere Aufgabe, zu helfen. Seenotrettung ist keine Kriminalität, Seenotrettung ist gelebte Humanität und somit Pflicht!

Wir betrachten mit Ablehnung und Abscheu die Angriffe und Ausfälle gegen Geflüchtete, sich auf der Suche nach Schutz befindende Menschen. Entsprechende Vorkommnisse müssen verfolgt und rechtsstaatlich geahndet werden. Gleichzeitig ist unsere Gesellschaft gefordert, ein klares Signal zu setzen: für eine offene und solidarische Gesellschaft!

Der SPD-Unterbezirk Hildesheim begrüßt die Initiative der Städte Köln, Düsseldorf und Bonn und deren Stadtoberhäuptern, aber auch anderer Kommunen, die Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern.

Wir begrüßen das Signal für ein solidarisches Europa und gegen die oftmals verbreitete Stimmung, dass "Zäune und Mauern statt eines gerechten europäischen Verteilungssystems die Not der Geflüchteten lösen können"

(http://www.bonn.de/familie_gesellschaft_bildung_soziales/fluechtlinge/aktuelles/index.html?lang=de).

Der Unterbezirksvorstand würde es begrüßen, wenn die SPD-Kreistagsfraktion mit anderen Fraktionen ebenso eine Initiative des Landkreises Hildesheim ausloten würde.

Ein Teil der zu uns geflüchteten Menschen wird perspektivisch in ihre Heimatländer zurückkehren. Ein Teil wird bei uns bleiben. Deren Integration und deren gesellschaftliche Teilhabe bleibt für uns zentrale gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung.

Der Landkreis Hildesheim hat bereits frühzeitig Verantwortung übernommen: die Bildung einer Koordinierungsgruppe 2015, die Bildung und Bündelung in Form des Migrationsausschusses der Kreistages nach der Kommunalwahl 2016, die finanzielle Unterstützung kommunaler und regionaler, von Asyl e.V. und den Wohlfahrtsverbänden getragenen IntegrationshelferInnen, die Organisation von Sprachförderung und vieles mehr – der Landkreis Hildesheim hat sich seiner Verantwortung gestellt.

Es bleiben jedoch vielfältige Aufgaben auf der Agenda:

Asylrecht bewahren – Einwanderung gestalten

Wir müssen – aus Humanität und historischer Verantwortung – an dem Grundrecht auf Asyl festhalten. Gleichzeitig müssen wir andere Formen der Zuwanderung ermöglichen. Wir begrüßen daher die Vorlage der Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz durch Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil und weitere Mitglieder der Bundesregierung.

Sprache als Grundlage weiter fördern

Ohne Kenntnisse der deutschen Sprache kann Integration nicht gelingen. Im Landkreis Hildesheim ist eine hervorragende Koordinierung von Sprachkursen für geflüchtete Menschen gelungen. Wir bitten den Landkreis Hildesheim und die SPD-Kreistagsfraktion hieran festzuhalten, dieses System auszubauen und zu gestalten.

Da Sprachförderung auch in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe darstellt, fordern wir die Landesregierung auf und bitten die SPD-Landtagsfraktion, auch zukünftig an der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Sprachkoordinierung und -förderung festzuhalten.

Ausbildung sichern – Perspektiven ermöglichen

Der SPD-Unterbezirksvorstand Hildesheim betrachtet kritisch die Berichte aus anderen Bundesländern, nach denen auch Flüchtlinge, die zunächst in Ausbildung sind und nach der so genannten 3+2 Regelung eine Perspektive auch nach der Ausbildung haben sollten, während ihrer Ausbildung abgeschoben werden.

Wir fordern, dass Flüchtlinge, die sich in einer Ausbildung befinden oder eine Ausbildung absolviert haben, eine Bleibeperspektive erhalten. Gleichzeitig ermöglicht eine entsprechende Ausbildung, nach dem Ende oftmals kriegerischer Auseinandersetzungen im Heimatland dort am Wiederaufbau mitzuwirken.

Wir bitten die SPD-Kreistagsfraktion, die Frage der beruflichen Qualifizierung geflüchteter Menschen in ihren Gesprächen mit Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit und anderen Akteurinnen und Akteuren zu thematisieren.

Wir begrüßen die Diskussion um den sog. „Spurwechsel“, der es abgelehnten Asylbewerbern bei Vorliegen eines Einwanderungsgesetzes ermöglicht, über dieses Gesetz Bleibeperspektiven zu bekommen.

Lebensperspektiven erhalten

Immer wieder wird darüber berichtet, dass Migrantinnen und Migranten trotz gelungener Integration, trotz gesichertem Einkommen, trotz Bereicherung für Ortschaften und Vereinsleben, nach vielen Jahren, in denen sie sich eine Existenz in Deutschland aufgebaut haben, aus Deutschland abgeschoben werden.

Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, Rechtsgrundlagen zu schaffen, die solche Abschiebungen verhindern und für die betroffenen Menschen Lebensperspektiven hier vor Ort zu erhalten.

Teilhabe ermöglichen

Wir wissen, dass Sprache, Ausbildung und Arbeit zentrale Faktoren für gesellschaftliche Integration sind. Der nächste Schritt ist aber die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten: in Vereinen, Verbänden und – Politik. Der SPD-Unterbezirksvorstand begrüßt die Aktivitäten des Migrationsausschusses des Hildesheimer Kreistages. Die Einladung an Migrantinnen und Migranten zu einem öffentlichen Gespräch Anfang Juni dieses Jahres war hierbei ein wichtiges Zeichen. Wir begrüßen es, wenn der Ausschuss an dieser grundsätzlichen Idee auch zukünftig festhalten würde. Wir werben dafür, dass sich Vereine, Verbände und Parteien öffnen. In ganz vielen Vereinen und ist das auch passiert. Hier wird erfolgreiche Integrationsarbeit geleistet. Hierfür gilt den vielen ehrenamtlich Aktiven ein großer Dank!